



Norderweiterung

Von Peter Sturm

Wenn die russische Führung, wenn Wladimir Putin für rationale Argumente noch zugänglich wäre, müsste es Moskau sehr zu denken geben, dass sowohl Finnland als auch Schweden offenbar kurz davor stehen, die Aufnahme in die NATO zu beantragen. Zwei gefestigte Demokratien, beide völlig unverdächtig irgendwelcher militärischer Abenteuerlust, beide seit langen Jahren bündnispolitisch ungebunden, suchen jetzt Zuflucht unter dem Sicherheitsschirm des Verteidigungsbündnisses. Es ist aber nicht zu erwarten, dass in Moskau auch nur ein Gedanke darauf verwendet wird, dass diese fundamentale sicherheitspolitische Wendung durch das russische Verhalten quasi erzwungen worden ist.

Somit bekommt Wladimir Putin auch im Nordwesten seines Landes als Ergebnis seines Überfalls auf die Ukraine genau das, was er doch unbedingt vermeiden wollte: mehr NATO statt weniger. Natürlich wird Moskau propagandistisch seine Verschwörungserzählung von der aggressiven NATO weiterspinnen, die dem armen Russland immer näher auf die Pelle rücke. Finnland und Schweden glauben aber ganz offensichtlich, es sich nicht mehr leisten zu können, darauf Rücksicht zu nehmen. Während des Kalten Krieges galt das Wort „Finlandisierung“ bei vielen im Westen als Schimpfwort. Die Finnen sahen das immer anders. Es spricht Bände, dass Helsinki das früher bewährte Konzept aufgab.

Biden geht zu weit

Von Andreas Ross

Joe Biden muss nicht fürchten, in Kiew zur unerwünschten Person erklärt zu werden. Als „wahrhaftige Worte eines wahrhaftigen Staatsmanns“ hat der ukrainische Präsident Selenskyj die Aussage des amerikanischen Präsidenten gewürdigt, der am Dienstag erstmals von einem „Völkermord“ an den Ukrainern sprach. Im Kampf gegen das Böse, twitterte Selenskyj, „ist es entscheidend, die Dinge beim Namen zu nennen“. Das stimmt, doch abermals steht in Zweifel, ob Biden seine Worte gewägt hat. Wenig später sagte er, man solle es „den Juristen“ überlassen, „international“ zu klären, ob Russland einen Genozid begehe.

Das ist die falsche Reihenfolge. Der amerikanische Präsident sollte mit seinen Juristen zurate gehen, ehe er zur absoluten rhetorischen Zuspitzung greift – lange bevor Putin aufgehört hat, so muss man befürchten, den Krieg in der Ukraine weiter eskalieren zu lassen. Das Grauen dieses völkerrechtswidrigen Überfalls und Zermürbungskriegs macht sprachlos. Doch „Genozid“ ist nicht einfach die Steigerungsform von „grausam“. Man relativiert die russischen Kriegsverbrechen nicht, wenn man zögert, sie einen Völkermord zu nennen. Eher relativiert Biden das Menschheitsverbrechen Genozid, indem er das Wort leichtfertig verwendet – zumal, wenn er danach genauso ratlos ist wie zuvor, was er und die freie Welt tun können, um Putin zu stoppen.

In alter Freundschaft

Die Linke verurteilt den Angriffskrieg, aber bleibt Russland verbunden.

Von Helene Bubrowski, Berlin

durch nichts zu rechtfertigen.“ In der Bundestagsdebatte am 27. Februar, in der Kanzler Scholz die „Zeitenwende“ verkündete, bekannte Mohamed Ali, Putin falsch eingeschätzt zu haben, und signalisierte Bereitschaft für Sanktionen.

Es war absehbar, dass die Linke sich in dieser Frage nicht einig sein würde, auch wenn es an den ersten Tagen nach Kriegsbeginn relativ ruhig blieb. Doch schon wenige Tage später veröffentlichte eine Gruppe von Linken-Abgeordneten um Wagenknecht eine Erklärung, die nicht nur die geplanten Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland kritisiert, sondern auch der amerika-

nischen Politik, insbesondere der Entscheidung einer NATO-Ost-Erweiterung, eine „maßgebliche Mitverantwortung“ für die Eskalation zuschreibt. Gysi warf diesen Abgeordneten „völlige Emotionslosigkeit hinsichtlich des Angriffskrieges, der Toten, der Verletzten und dem Leid“ vor. Sie seien nur daran interessiert, ihre „alte Ideologie in jeder Hinsicht zu retten“. Wagenknecht wiederum zeigte sich „entsetzt“ über diesen Brief.

Kurz darauf gab der Ältestenrat der Linkspartei eine Mitteilung heraus, in der zu lesen war: „Die Frage, wie weit der Krieg in der Ukraine nun ein Einmarsch russischer Truppen ist oder sich als ein

innerer Bürgerkrieg der Kräfte in den neuen Ost-Staaten und faschistischen Elementen im Westen der Ukraine darstellt, steht im Raum.“ Hans Modrow, Vorsitzender des Gremiums und früherer DDR-Ministerpräsident, hatte den Satz aufgeschrieben – unabgestimmt, wie es hieß. Er wurde später verändert, die Parteivorsitzenden kündigten an, den Ältestenrat der Partei neu aufzustellen.

Solche Beispiele zeigen, dass die Linke auch nach massenhaften Kriegsverbrechen in der Ukraine unfähig ist, mit ihrer Russland-freundlichen Tradition zu brechen. Mit der Sowjetunion verbinden viele Linke nach wie vor in einer Linie die Befreiung vom Nationalsozialismus. Vor allem in Westdeutschland ist die Zuwendung zu Russland auch eine Folge des Antiamerikanismus, der seit dem Vietnamkrieg grassierte. Diese Feind- und Freund-Bilder lebten im Spektrum der heutigen Linkspartei auch nach Wiedervereinigung und später dem Zusammenschluss von WASG und PDS fort. Im Programm für die Bundestagswahl 2021 forderte die Linke die Auflösung der NATO, die durch „ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ ersetzt werden soll. Angestrebt wird eine „Politik der Entspannung gegenüber Russland statt weiterer Eskalation und Truppenaufmärsche oder Manöver an dessen Westgrenze“. Die Linke wirft der NATO vor, in ihren Strategiepapieren Russland und China als Feindbilder zu beschreiben. „Wir stellen uns gegen alle Formen des Imperialismus.“

Noch zwei Wochen vor Kriegsbeginn hatten etliche Linke, unter ihnen Gysi, den Aufruf mit der Überschrift „Friedenspolitik statt Kriegshysterie“ unterzeichnet. Darin heißt es, die „einseitige Schuldzuweisung an Russland“ vonseiten westlicher Regierungen und Medien nehme zunehmend „den Charakter von Kriegspropaganda“ an. Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine habe Russland kein Interesse an einem Krieg. Diese Position hatte Wagenknecht auch noch wenige Tage vor Kriegsausbruch in einer Talkshow verkündet.



Panzer am ersten Tag des Krieges: Bereits kurz nach der Verurteilung des russischen Überfalls auf die Ukraine durch die Parteispitze der Linken meldeten sich die Russlandfreunde in der Partei zu Wort. Foto: Laif

Fremde Federn: Viktor Pintschuk

Nie wieder?

Vor einem halben Jahr begingen wir im Babyn Yar Holocaust Memorial Center in Kiew den 80. Jahrestag der Massenerschießung ukrainischer Juden durch deutsche Soldaten in Babyn Yar. Ich hatte die Ehre, nach drei Präsidenten zu sprechen, unter ihnen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Ich respektiere ihn in höchstem Maße wegen seines Einsatzes für europäische Werte. Steinmeier erklärte, was Deutschland aus seiner Nazivergangenheit gelernt habe: „Wir Deutsche wissen um unsere Verantwortung vor der Geschichte. Es ist eine Verantwortung, die keinen Schlussstrich kennt.“

Er erwähnte „das gemeinsame Fundament, zu dem wir uns bekennen: das Völkerrecht und die Menschenwürde, die Freiheit der Völker in politischer Selbstbestimmung und territorialer Integrität, ein friedliches und sicheres Europa. Wir müssen es schützen – auch das gehört zur Verantwortung vor unserer Geschichte.“ Auf „die bösen Geister der Vergangenheit in neuem Gewand“ könne es „für uns Deutsche nur eine Antwort geben: Nie wieder! Der Kampf muss weitergehen.“ Leider sehe ich nicht, dass Deutschland heute das Land des „Nie wieder“ ist. Heute hat Russland ein friedliches Land angegriffen, es bombardiert und tötet Tausende friedliche Zivilisten, lässt die Einwohner von Städten, die es belagert, verhungern und an Krankheiten sterben. Russische Truppen unternehmen Massenhinrich-

tungen, die sogar visuell an die Erschießungen in Babyn Yar erinnern. Seit über einem Monat sehen die Deutschen das in Echtzeit in den Nachrichten.

Ja, Deutschland setzt Sanktionen um, gibt humanitäre Hilfe und auch Waffen, was noch vor Kurzem unvorstellbar war. Aber heute, ein halbes Jahr nach Bundespräsident Steinmeiers kraftvollem und überzeugtem Satz „Für uns Deutsche kann es nur eine Antwort geben: Nie Wieder!“, ist es gerade Deutschland, das die konsequente Umsetzung von Sanktionen zur Ausschließung russischer Banken vom SWIFT-System blockiert. Es ist Deutschland, das kein sofortiges Öl-, Kohle- und Gasembargo gegen Russland möchte, weil die deutsche Wirtschaft darunter leiden würde (und Deutschland bremsen entsprechende Entscheidungen der EU). Deutschland tut sich auch schwer mit der Lieferung der schweren Waffen, die die Ukraine heute braucht.

Ich verstehe, dass Deutschland, wenn es morgen das Richtige tun will, wirtschaftlich am Leben bleiben muss. Ich bin Realist. Aber „Nie Wieder!“ bedeutet nicht nur starke Worte gegen Hakenkreuze. „Nie Wieder!“ bedeutet, gegen Massenmord, Genozid, Kriegsverbrechen zu kämpfen mit allem, was man hat. Ich meine: Heute muss Deutschland alles tun, was es kann. Auch – Risiken eingehen. Es gibt heute keinen einfachen Weg, um das Böse und die Gräueltaten in der Ukraine risikolos

und ohne Opfer zu stoppen. Dazu haben Sie das Böse zu stark werden lassen. Sie haben dabei eine Menge Geld verdient, und ich glaube, dass das im besten Glauben geschah.

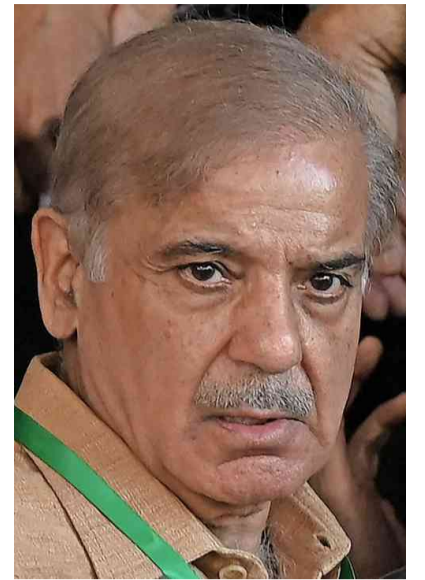
Aber wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit und wegen Ihrer Profite in der jüngsten Vergangenheit scheint es mir heute richtig, würden Sie heute in aller Klarheit sagen: Unser guter Glaube war ein schlimmer Fehler. Heute kostet er Menschenleben. Darum haben wir eine besondere Verantwortung, Risiken einzugehen und Opfer zu bringen. Oder ist die Lage noch nicht schlimm genug? Müssen noch Chemiewaffenangriffe kommen auf ein Land, das 700 Kilometer von Deutschland entfernt ist? Weitere Tausende und Zehntausende Opfer von Bomben, Hunger und Durst in belagerten Städten? Angriffe mit Nuklearwaffen?

Für die Zeit, bis Sie sich überlegt haben werden, was nötig wäre, um wirklich entsprechend der Dringlichkeit vorzugehen, möchte ich eine neue Standardformulierung für Reden deutscher Politiker vorschlagen. Sagen Sie nicht mehr: „Für uns Deutsche kann es nur eine Antwort geben: Nie Wieder!“ Sagen Sie stattdessen: „Hoffentlich nicht zu bald wieder. Aber wenn etwas passiert, dann können Sie sich darauf verlassen: Wir werden darüber diskutieren, auf welche Weise wir helfen können, wenn das denn möglich ist, ohne dass wir selbst zu viel verlieren.“

Die Deutschen haben es in einzigartiger Weise geschafft, die Wahrheit über die furchtbaren Verbrechen ihrer Vergangenheit anzuerkennen. Was ich nicht sehe, ist, dass die Deutschen sich die Wahrheit über ihre Wirklichkeit von heute vor Augen führen.

Ich bin mir klar darüber, dass ich sehr emotional spreche. Ich bin ukrainischer Jude und habe an ein neues Deutschland geglaubt. Ich weiß, es gibt kein ideales Vorgehen. Aber erlauben Sie mir bitte, trotzdem die Wahrheit über Deutschland zu beschreiben, wie ich sie sehe: Damals waren die Deutschen Täter. Die Deutschen haben den Holocaust begangen. Heute – sind Sie mitverantwortlich für das, was heute geschieht. Sie lassen Kriegsverbrechen geschehen. 80 Jahre nach dem Genozid der Nazis in der Ukraine tun Sie nicht alles, um den russischen Genozid zu stoppen. Das ist kein „Nie Wieder!“ Und es ist nicht genug. Ich kann Sie nur sehr bitten, mit der notwendigen Dringlichkeit zu handeln und alles zu tun, die russische Kriegsmaschinerie zu stoppen. Und damit zu zögern: Es ist nicht so, dass Deutsche andere Dinge wichtiger finden, als Freiheit und Leben zu verteidigen gegen Unterdrückung und Tod. „Nie Wieder!“ ist Wirklichkeit in Deutschland.

Der Autor, geboren 1960 in Kiew, ist einer der größten Unternehmer und Mäzene in der Ukraine.



Shehbaz SHARIF Foto: AFP

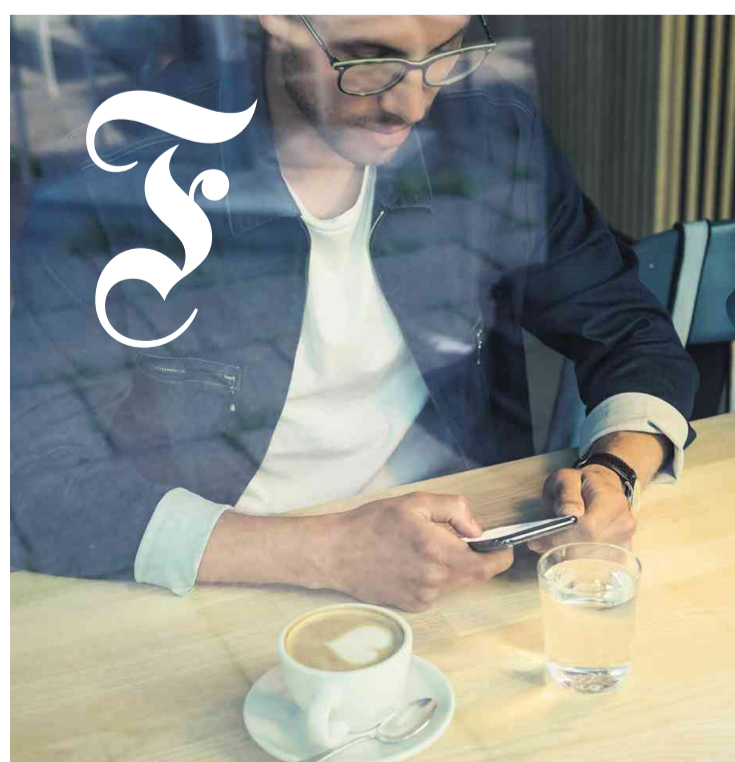
Mehr Manager als Populist

Seit der Gründung Pakistans im Jahr 1947 hat noch kein Ministerpräsident seine fünfjährige Amtszeit regulär beendet. In der Nacht zum Sonntag aber war der frühere Kricketstar Imran Khan der erste Regierungschef, den das Parlament mit einem Misstrauensvotum gestürzt hat. Gegen eine lange Amtszeit seines Nachfolgers, des bisherigen Oppositionsführers Shehbaz Sharif, sprechen drei Gründe: Imran Khan, der sich mit seiner Absetzung nicht abfinden will, treibt seine Anhänger zu Protesten auf die Straße und befeuert sie. Das Parteienbündnis, das Sharif ins Amt gewählt hat, ist fragil, und die wirtschaftlichen Probleme der 220 Millionen Pakistaner werden mit den massiv steigenden Preisen für Benzin, Gas und Lebensmittel noch größer.

Dennoch verbinden sich mit dem neuen Regierungschef auch Hoffnungen. Ihm geht wohl das Charisma des Volkstribunen Khan ab. Dafür spricht für ihn, dass er sich als Ministerpräsident der Provinz Punjab als ein effizienter Macher erwiesen hat. Verbessert hat er in seiner zwölfjährigen Amtszeit insbesondere die Infrastruktur der bevölkerungsreichsten Provinz. Sharif verfiel dabei nicht, in Pakistan eine Ausnahme, populistischer Politik und polarisierender Rhetorik.

Der 1951 geborene Shehbaz stand lange im Schatten seines zwei Jahre älteren Bruders Nawaz Sharif, der von 1990 bis 2017 dreimal Ministerpräsident des Landes war. Von ihm übernahm Shehbaz 2018 den Vorsitz der Pakistanischen Muslim-Liga PML-N, nachdem dieser wegen Korruption zu zehn Jahren Haft verurteilt und mit einem lebenslangen Politikverbot belegt worden war. Der Auslöser waren die 2017 veröffentlichten Pandora-Papiere, die sein Offshore-Vermögen bekannt gemacht haben.

Wegen Korruptionsansuldigungen hatten sich der Vater, der eines der größten Unternehmen Pakistans gegründet hatte, und seine zwei Söhne bereits in den Jahren von 2000 bis 2007 im Exil in Saudi-Arabien aufgehalten. Auch Shehbaz wurde wiederholt wegen Korruption angeklagt und verhaftet, kam dann aber frei, nachdem sich die Vorwürfe nicht erhärtet hatten. Anders als sein Bruder Nawaz und als Imran Khan bemüht sich der neue Ministerpräsident um ein gutes Verhältnis zum Militär der Atommacht Pakistan. Das wird wohl auf die Probe gestellt werden, wenn er seine angekündigte Politik gegenüber dem Erzfeind Indien wahr macht. Denn er hat Indiens Ministerpräsidenten Narendra Modi aufgefordert, den Konflikt um Kaschmir im Rahmen der UN-Beschlüsse beizulegen, um dann die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Ferner will er daran arbeiten, dass China den Ausbau des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors (CPEC) wiederaufnimmt und entlang diesem viele Milliarden Dollar investiert. RAINER HERMANN



Demokratie braucht informierte Köpfe.

Für eine fundierte Auseinandersetzung mit den aktuellen Ereignissen und Entwicklungen lesen Sie jetzt die F.A.Z. – sichern Sie sich Ihr Vorteilsangebot!

Ihre Vorteile im Überblick:

- ✓ Anspruchsvoll: Hintergründe und Analysen zum aktuellen Weltgeschehen.
- ✓ Umfassend: von Montag bis Samstag erstklassig informiert.
- ✓ Preiswert: 4 Wochen zum Vorteilspreis, als Print- oder Digital-Ausgabe, ab 13,90 €.

Angebot sichern unter:

(069) 75 91-33 59

faz.net/bestellen



Jetzt 70% sparen!